
Ergänzungsantrag der FWG-Stadtratsfraktion; Einbindung der Ludwigshafener Abgeordneten

KSD 20146432



**Freie Wählergruppe
Ludwigshafen e.V.
Stadtratsfraktion**

FWG, Freie Wählergruppe Ludwigshafen
Schuckertstraße 8, 67063 Ludwigshafen

**An
Frau Oberbürgermeisterin
Dr. Eva Lohse**

Ludwigshafen, den 06.4.2014

**Ergänzungsantrag zur Sitzung des Stadtrates am 07.04.2014
Top 24 „Schulsozialarbeit“
Einbindung der Ludwigshafener Abgeordneten**

Sehr geehrte Frau Dr. Lohse,

Zum Top 24 stellen wir den folgenden Ergänzungsantrag:

Der Stadtrat fordert alle Ludwigshafener Bundes- und Landtagsabgeordnete auf, sich mit aller Kraft für die dauerhafte Finanzierung der Schulsozialarbeit einzusetzen. Gleichzeitig fordert er die Mandatsträger auf, sich für eine Aufhebung des Kooperationsverbots stark zu machen, so dass der Bund Mittel für Bildungsaufgaben über die Länder den Städten und Kommunen zur Verfügung stellen kann.

Durch einen Wegfall des Kooperationsverbots wäre es möglich, Schulsozialarbeit zu sichern und auszubauen. Nur damit könnte letztendlich der vom Bundesverfassungsgericht formulierte Auftrag, Kinder zu fördern und soziale Benachteiligungen zu überwinden, im schulischen Bereich umgesetzt werden. Sowohl der Bund als auch das Land müssen ihrer Verantwortung für die Finanzierung entsprechender Sozialmaßnahmen gerecht werden. Hier sind heute alle Abgeordneten aus Ludwigshafen mehr denn je gefordert ihren Beitrag dazu zu leisten.

Die weitere Begründung erfolgt mündlich.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Rainer Metz
Fraktionsvorsitzender